

Benötigt werden

- **Einbürgerungsantrag**
Zur Antragsabgabe bringen Sie den Antrag ausgefüllt, **aber noch nicht unterschrieben**, wieder mit.

Bei Einbürgerungsanträgen für Familien bitte beachten: Jede Person ab 16 Jahren muss einen eigenen Antrag stellen, Kinder unter 16 Jahren werden gemeinsam mit einem sorgeberechtigten Elternteil aufgenommen. Bei gemeinsamer Sorge müssen beide Elternteile den Antrag für das Kind/die Kinder unterschreiben. **Bei alleinigem Sorgerecht muss unbedingt ein Nachweis des Familiengerichts vorgelegt werden.**

- **1 Passfoto / aktuell → je Antragsteller**
- **Nationalpass/Reiseausweis (gültig) → auch für Kinder**
Nationalpass; im Pass muss der aktuelle Aufenthaltstitel enthalten sein bzw. separate Ausweiskarte
- **Geburtsurkunde/n**
Sollten Sie nicht über eine deutsche Geburtsurkunde verfügen, ist eine internationale Geburtsurkunde mit deutschem Zusatztext oder die Originalurkunde mit beglaubigter Übersetzung anerkannter Dolmetscher vorzulegen.
Weitere Urkunden (z.B. Heirat, Scheidung): Auch hier ist das Original mit beglaubigter Übersetzung vorzulegen, sofern das Dokument nicht in deutsch ausgefertigt ist.
- **Erweiterte Meldebescheinigung** erhältlich bei den Wohnsitzgemeinden (bei mehreren Wohnsitzgemeinden, mehrere Meldebescheinigungen). Der Aufenthalt und alle bisherigen Wohnanschriften in Deutschland müssen anhand dieser Bescheinigung/en lückenlos dokumentiert sein.
- **Nachweis der Deutschkenntnisse**
Ihre Deutschkenntnisse weisen Sie entweder durch einen Abschluss einer allgemeinbildenden deutschen Schule (**mindestens Hauptschulabschluss**) nach oder Sie legen ein Deutsch-Zertifikat mit mindestens dem Niveau B 1 vor. Das Deutsch-Zertifikat muss von einem Telc (The European Language Certificates) -Träger, zum Beispiel der Volkshochschule, ausgestellt worden sein.
- **Nachweis der staatsbürgerlichen Kenntnisse**
Ihre staatsbürgerlichen Kenntnisse weisen Sie entweder durch einen Abschluss einer allgemeinbildenden deutschen Schule (**mindestens Hauptschulabschluss**) nach oder Sie legen den Nachweis eines erfolgreich abgeschlossenen Einbürgerungstests vor (Test Leben in Deutschland).

- **Arbeitsvertrag, Einkommensnachweise**
Neben dem Arbeitsvertrag sind grundsätzlich die Einkommensnachweise der letzten drei Monate (vom Antragsdatum zurückliegend) vorzulegen.
- **Meldebescheinigung Sozialversicherung** (Meldenachweis nach § 25 DEÜV).
Erhalten Sie als Arbeitnehmer einmal jährlich. Anderenfalls beim Arbeitgeber (Personal- oder Gehaltsabteilung) nachfragen.
- **Rentenversicherungsverlauf** - erhältlich über die Deutsche Rentenversicherung
(Den ersten Versicherungsverlauf erhält man zusammen mit der Renteninformation, wenn man mindestens 27 Jahre alt ist und 5 Jahre lang Beiträge zur Deutschen Rentenversicherung gezahlt hat.)
- **Renteninformation** (Fiktive Rentenberechnung) – ebenfalls erhältlich über die Deutsche Rentenversicherung
- **Sonstige Unterlagen**, falls vorhanden: Wohngeldbescheid, Unterlagen über Kinderzuschuss, Kindergeld, Pflegegeld, BAföG, Rentenbescheide, Bescheid über Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) oder sonstige finanzielle Zuwendungen.
- Bei **Miteinbürgerung von Kindern** bitte jeweils ein **Jahreszeugnis** und ein **Halbjahreszeugnis** beifügen. Ebenso wird eine **Schulbescheinigung** bzw. eine **Kindergartenbescheinigung** benötigt.
- **Nur bei Selbstständigen:**
 - Gewerbeanmeldung
 - Beigefügtes Formular, von Ihrem Steuerberater auszufüllen und zu unterschreiben und
 - Finanzamtsbescheide der letzten beiden Jahre.
 - Nachweise zu Kranken-, Renten-, Pflegeversicherung

Alle Unterlagen unbedingt im Original vorlegen.

Antrag auf Einbürgerung	
<ul style="list-style-type: none"> Füllen Sie diesen Antrag bitte handschriftlich (gut leserlich) aus. Beantworten Sie die Fragen bitte, indem Sie das Zutreffende ankreuzen oder ausfüllen. Nichtzutreffendes bitte streichen. wichtig! Die im Antragsformular aufgeführten Unterlagen sind bei Antragstellung im Original vorzulegen. In ausländischer Sprache ausgestellte Dokumente sind zudem mit deutscher Übersetzung durch einen öffentlich bestellten oder beeidigten Dolmetscher oder Übersetzer vorzulegen. Bei zusätzlichem Platzbedarf bitte ein weiteres Blatt einfügen. 	Eingangsstempel Telefon-Nr. E-Mail:
Alle im Antrag enthaltenen Personenangaben beziehen sich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form!	
Für Ehe-/Lebenspartner und für Minderjährige über 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich	

Über meine persönlichen Verhältnisse mache ich folgende Angaben:

1. Angaben zu meiner Person		(Anlage: Geburtsurkunde, Nationalpass etc.)
Familienname (evtl. Geburtsname und frühere Namen)	Geschlecht <input type="radio"/> männlich <input type="radio"/> weiblich <input type="radio"/> _____	
Vornamen (ggf. weitere Namensbestandteile, z.B. Vatersname)	Geburtsdatum (ggf. auch verwendete abweichende Daten)	
Geburtsort, Kreis, Staat		
Anschrift: Wohnort: Straße: Haus-Nr.: Postleitzahl:		
Ausgeübter Beruf	<input type="radio"/> Azubi <input type="radio"/> Schüler/Student <input type="radio"/> Sonstiges	
Familienstand <input type="radio"/> ledig <input type="radio"/> verheiratet <input type="radio"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft lebend	<input type="radio"/> verwitwet seit <input type="radio"/> getrennt lebend seit <input type="radio"/> geschieden /Aufhebung der eingetragenen Lebenspartnerschaft	
Tag und Ort der Eheschließung/Begründung der Lebenspartnerschaft		
Bei Scheidung oder Aufhebung der eingetragenen Lebenspartnerschaft	Tag der Rechtskraft des Urteils (Anlage: Urteil)	
1.1 Angaben zur Person des Ehegatten/Lebenspartners		(Anlage: Eheurkunde etc.)
Familienname (evtl. Geburtsname und frühere Namen)	Geschlecht <input type="radio"/> männlich <input type="radio"/> weiblich <input type="radio"/> _____	
Vornamen (ggf. weitere Namensbestandteile, z.B. Vatersname)	Geburtstag	
Geburtsort, Kreis, Staat		

Anschrift:				
Postleitzahl:	Wohnort:	Straße:	Haus-Nr.:	
Ausgeübter Beruf				
Staatsangehörigkeit(en)		belegt durch (z.B. Personalausweis, Staatsangehörigkeitsnachweis)		
Falls der Ehegatte/eingetragene Lebenspartner nicht deutscher Staatsangehöriger ist:				
a) Ist die Einbürgerung schon beantragt ? <input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja				
b) Soll der Ehegatte/eingetragene Lebenspartner miteingebürgert werden? <input type="radio"/> ja, siehe eigenen Antrag <input type="radio"/> nein				
1.2 Angaben zu früheren Ehen/Lebenspartnerschaften				
Frühere Ehen / Lebenspartnerschaften <input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja				
von	bis	aufgelöst durch		
Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners				
von	bis	aufgelöst durch		
Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners				
1.3 Staatsangehörigkeitsverhältnisse				
Derzeitige Staatsangehörigkeit(en)				
Sie ist/sind belegt <input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja, durch		Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis usw.		(Anlage)
Frühere Staatsangehörigkeit(en)				
Volkszugehörigkeit				
1.4 besonderer Status				
Besonderer Status	Asylberechtigter/anerkannter Flüchtling <input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja		Sonstiger Status	
	Status belegt durch			
Deutscher Reiseausweis für Flüchtlinge erteilt			am	(Anlage)
			durch	
1.5 Wehrdienst				
Wehrpflichtig <input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja		Vom Wehrdienst befreit <input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja		
Wehrpflicht erfüllt <input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja		von	bis	Wehrdienst verweigert <input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja

2. Angaben zu meinen Eltern			
Leibliche Eltern <input type="radio"/>		Adoptiveltern Adoption wirksam seit <input type="radio"/>	
Vater		Mutter	
Familienname (evtl. Geburtsname und frühere Namen)		Familienname (evtl. Geburtsname und frühere Namen)	
Vornamen (ggf. weitere Namensbestandteile, z.B. Vatersname)		Vornamen (ggf. weitere Namensbestandteile, z.B. Vatersname)	
Geburtstag		Geburtstag	
Geburtsort, Kreis, Staat		Geburtsort, Kreis, Staat	
Staatsangehörigkeit		Staatsangehörigkeit	
Volkszugehörigkeit		Volkszugehörigkeit	
Wohnort, Kreis, Staat		Wohnort, Kreis, Staat	
Ggf. in Deutschland seit		Ggf. in Deutschland seit	
Tag der Eheschließung:	in (Ort, Kreis, Staat)		
Verstorben <input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	am	Verstorben <input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	am
3. Angaben zu meinen Kindern (Anlagen: Geburtsurkunden, Kindergarten- bzw. Schulbescheinigungen)			
1. Kind			
Familienname (evtl. Geburtsname und frühere Namen)		Vorname/n (ggf. Namensbestandteile, z.B. Vatersname)	
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat		Geschlecht <input type="radio"/> männlich <input type="radio"/> weiblich <input type="radio"/> _____
Staatsangehörigkeit(en)		Das Kind soll mit eingebürgert werden <input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	
Das Kind <input type="radio"/> stammt aus der jetzigen Ehe <input type="radio"/> stammt aus früherer Ehe <input type="radio"/> stammt aus keiner Ehe <input type="radio"/> Adoption			
2. Kind			
Familienname (evtl. Geburtsname und frühere Namen)		Vorname/n (ggf. Namensbestandteile, z.B. Vatersname)	
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat		Geschlecht <input type="radio"/> männlich <input type="radio"/> weiblich <input type="radio"/> _____
Staatsangehörigkeit(en)		Das Kind soll mit eingebürgert werden <input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	
Das Kind <input type="radio"/> stammt aus der jetzigen Ehe <input type="radio"/> stammt aus früherer Ehe <input type="radio"/> stammt aus keiner Ehe <input type="radio"/> Adoption			
3. Kind			
Familienname (evtl. Geburtsname und frühere Namen)		Vorname/n (ggf. Namensbestandteile, z.B. Vatersname)	
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat		Geschlecht <input type="radio"/> männlich <input type="radio"/> weiblich <input type="radio"/> _____
Staatsangehörigkeit(en)		Das Kind soll mit eingebürgert werden <input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	
Das Kind <input type="radio"/> stammt aus der jetzigen Ehe <input type="radio"/> stammt aus früherer Ehe <input type="radio"/> stammt aus keiner Ehe <input type="radio"/> Adoption			

7. Angaben über meine wirtschaftlichen Verhältnisse		
7.1 Einkünfte		
		Betrag EUR/Monat
Erwerbseinkünfte	<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	(Anlage: Lohn-/Gehaltsmitteilung)
Einkünfte aus selbstständiger Arbeit	<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	(Anlage: Erklärung Steuerberater laut Formular)
Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung	<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	(Anlage: Einkommenssteuerbescheid)
Rente	<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	(Anlage: Rentenbescheid)
Unterhalt/Unterhaltskostenvorschuss	<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	(Anlage: Bescheid)
Elterngeld	<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	(Anlage: Bescheid)
Kindergeld	<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	(Anlage: Bescheid)
Wohngeld / Kinderzuschlag	<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	(Anlage: Bescheid)
Leistungen nach SGB III	<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	(Anlage: Bescheid)
Leistungen nach SGB II	<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	(Anlage: Bescheid)
Leistungen nach SGB XII	<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	(Anlage: Bescheid)
Krankengeld	<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	(Anlage: Bescheid)
Sonstige Einkünfte	<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja	(Anlage: Bescheid)
Gründe für den Bezug von Leistungen nach SGB II oder SGB XII		
7.2 Alterssicherung		
<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja, durch	<input type="radio"/> gesetzliche Rentenversicherung	Anzahl der Beitragsmonate (Anlage: Rentenversicherungsverlauf)
	<input type="radio"/> private Renten-/Lebensversicherung (nur bei selbstständiger Tätigkeit)	seit/Summe : (Anlage Versicherungsschein)
	<input type="radio"/> Sonstiges	
7.3 Krankenversicherung		
<input type="radio"/> gesetzliche Krankenkasse <input type="radio"/> private Krankenversicherung (Anlage: Nachweis <u>nur</u> bei selbstständiger Tätigkeit)		

7.4 Einkünfte der in der Haushaltsgemeinschaft lebenden Familienangehörigen (gem. Nr. 7.1)	
<i>Nur anzugeben, sofern das Einkommen des Antragstellers nicht zur Sicherung des Lebensunterhaltes für sich und seine Familienangehörigen ausreicht</i>	
	Betrag EUR/Monat (brutto)
Familienname, Vorname	(Anlage: Lohn-/Gehaltsmitteilung bzw. sonstige Nachweise)
7.5 Unterhaltsansprüche	
Unterhaltsansprüche <input type="radio"/> Nein	<input type="radio"/> Ja (Name und Anschrift des Unterhaltspflichtigen)
	Betrag EUR/Monat
7.6 Unterhaltsverpflichtungen	
Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören?	
<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja, in Höhe von _____ EUR	
Gegenüber welcher Person/welchen Personen?	
Unterhaltsrückstände	
<input type="radio"/> Nein <input type="radio"/> Ja, in Höhe von _____ EUR	

8. Sonstiges

Die Einbürgerung habe ich bereits früher beantragt

Nein

Ja

bei:

am:

Aktenzeichen:

Über den Antrag wurde wie folgt entschieden:

abgelehnt am:

zurückgenommen am:

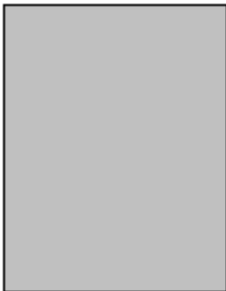
Sonstiges:

9. Begründung des Einbürgerungsantrages (freiwillige Angabe)

10. Unterschriften

Aktuelles Lichtbild

**ACHTUNG! UNTERSCHRIFTEN MÜSSEN BEI DER BEHÖRDE
GELEISTET WERDEN**



Name

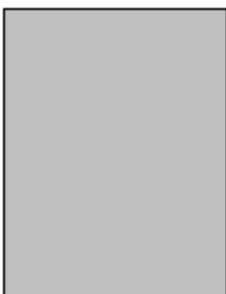


Name

Unterschrift des Antragstellers oder des/der gesetzlichen Vertreter(s)

Ort

Datum



Name



Name

HINWEIS: Sofern der Antrag einen minderjährigen Einbürgerungsbewerber betrifft und nur von einem Elternteil unterschrieben wird, ist ein entsprechender Sorgerechtsnachweis beizufügen.
(Anlage: z. B. gerichtliche Sorgerechtsentscheidung)

Miteinbürgerung von minderjährigen Kindern (bis Vollendung des 18. Lebensjahres)

Ich/Wir beantrage(n), nachfolgend aufgeführte Kinder mit einzubürgern:

Name/Vorname

Geburtsdatum

Geburtsort

Ort

Datum

Unterschrift(en) des/der gesetzlichen Vertreters/Vertreter (bis Vollendung des 16. Lebensjahres)

HINWEIS: Sofern der Antrag eines minderjährigen Einbürgerungsbewerbers von nur einem Elternteil unterschrieben wird, ist ein entsprechender Sorgerechtsnachweis beizufügen.
(Anlage: z. B. gerichtliche Sorgerechtsentscheidung)

Die vorstehende(n) Unterschrift(en) wurde(n) vor mir vollzogen.
Die Echtheit der Unterschrift(en) wird hiermit amtlich beglaubigt.

Ort, Datum

(Dienstsiegel)

Behörde

(Unterschrift und Amtsbezeichnung)

I N F O R M A T I O N

über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren

Das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport, Mainzer Straße 136, 66121 Saarbrücken; Tel.-Nr. 0681/501-0 (Zentrale), E-Mail: poststelle@innen.saarland.de, ist in Ihrem Einbürgerungsverfahren die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle im Sinne der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Für die Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrages insbesondere nach den §§ 8 bis 12 i.V. §§ 31, 32 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) werden verschiedene personenbezogene Daten benötigt. Wesentliche Daten werden schon durch das Ausfüllen des Antrags bei Ihnen erhoben. Soweit erforderlich werden weitere Daten vom Ministerium bei Ihnen erfragt. Zudem werden auch bei anderen Behörden vorhandene Daten zu Ihrer Person benötigt. **In allen Einbürgerungsfällen** werden Auskünfte bei folgenden Stellen eingeholt:

- Ausländerbehörde: Daten zur Dauer und Rechtsgrundlage des Inlandsaufenthaltes,
- Bundesamt für Justiz: unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister bei Einbürgerungsbewerbern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben,
- Polizei: Erkenntnisse in Straf- und Ermittlungsverfahren bei Einbürgerungsbewerbern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben,
- Verfassungsschutzbehörde: Erkenntnisse über verfassungsfeindliche oder extremistische Bestrebungen bei Einbürgerungsbewerbern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben,
- Meldebehörde: die für Ihren Einbürgerungsantrag relevanten Meldedaten
- Jobcenter/Sozialämter für Auskünfte zu Sozialdaten

Zur Einholung dieser Daten ist das Ministerium durch die vorgenannten gesetzlichen Bestimmungen im Staatsangehörigkeitsgesetz berechtigt. Diese Berechtigung zur Datenerhebung gilt auch für weitere Auskünfte, die zur Bearbeitung des Einbürgerungsantrages oder zur Prüfung von Angaben erforderlich sind. Hiervon wird nur Gebrauch gemacht, wenn und soweit es nach den Umständen des Einzelfalles erforderlich ist. In Betracht kommen z. B. Auskünfte

- des Vormundschaftsgerichtes zur Geschäftsfähigkeit oder gesetzlichen Vertretung,
- der Staatsanwaltschaften und Gerichte zu Straf- und Ermittlungsverfahren,
- des Amtsgerichtes zu Eintragungen im Schuldnerverzeichnis.

Im Einzelfall kann es schließlich erforderlich sein, dass Auskünfte über Ihre Person bei Behörden in Drittländern eingeholt werden. Hierzu müssen zunächst Angaben zu Ihrer Identität an diese Behörden im Drittland übermittelt werden. Eine solche Übermittlung findet nur statt, wenn sie aus wichtigen Gründen des öffentlichen Interesses nach Art. 49 Abs. 1 lit. d DSGVO notwendig ist.

Soweit erforderlich werden hierzu Ihre personenbezogenen Daten an die anderen Behörden oder Stellen weitergeleitet.

Zum Nachweis des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit werden Ihre Unterlagen nach Abschluss des Einbürgerungsverfahrens dauerhaft aufbewahrt.

Als betroffene Person im Sinne der DSGVO haben Sie bei Vorliegen der jeweiligen gesetzlich normierten Voraussetzungen folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO);
- Recht auf Datenberichtigung (Art. 16 DSGVO);
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO);
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO);
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO).

Sie haben jederzeit die Möglichkeit, sich an den behördlichen Datenschutzbeauftragten des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport, Mainzer Straße 136, 66121 Saarbrücken; Tel.-Nr. 0681/501-0 (Zentrale), E-Mail: datenschutzbeauftragter@innen.saarland.de oder an das Unabhängige Datenschutzzentrum Saarland, Fritz-Dobisch-Straße 12, 66111 Saarbrücken, Telefon: 0681/947810, Telefax: 0681/9478129, E-Mail: poststelle@datenschutz.saarland.de zu wenden.

ERKLÄRUNG ZUM EINBÜRGERUNGSANTRAG
--

Familienname, Vorname

Geburtsdatum und -ort

1. Ich bin über die allgemeinen Voraussetzungen der Einbürgerung informiert worden. Über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren bin ich mit dem Informationsblatt über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren gesondert unterrichtet worden.
2. Über meine Verpflichtung zur Mitwirkung am Einbürgerungsverfahren bin ich ebenfalls unterrichtet worden. Die für die Bearbeitung meines Antrages erforderlichen Angaben wurden von mir vollständig gemacht und mit geeigneten Nachweisen belegt. Dazu gehört auch die Angabe über Verurteilungen wegen Straftaten und über strafrechtliche Ermittlungsverfahren im In- und Ausland. Die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben und der zu ihrem Nachweis beigefügten Unterlagen wird von mir ausdrücklich versichert.
3. Mir ist bekannt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder das Gebrauchmachen von unrichtigen oder verfälschten Unterlagen zur Ablehnung des Einbürgerungsantrages führen können. Sofern sie erst nach der Einbürgerung bekannt werden, kann dies zur Rücknahme der Einbürgerung führen. Ich wurde darauf hingewiesen, dass derartige Handlungen oder Unterlassungen mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe geahndet werden können.
4. Mir ist auch bekannt, dass für die Bearbeitung meines Einbürgerungsantrages Kosten erhoben werden. Die Verwaltungsgebühr beträgt 255,00 € pro Person, für minderjährige **miteinzubürgernde** Kinder ohne eigenes Einkommen im Sinne des Einkommenssteuergesetzes 51,00 €. Auch die Ablehnung oder Rücknahme eines Antrages ist gebührenpflichtig.
5. Sämtliche Änderungen, die die Angaben in meinem Einbürgerungsantrag betreffen, insbesondere Verurteilungen zu Geld- und Freiheitsstrafen bzw. die Einleitung von strafrechtlichen Ermittlungen und jede Änderung meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse (z.B. Wohnsitzwechsel, Eheschließung, Trennung, Scheidung), werde ich unverzüglich schriftlich mitteilen.

Ort, Datum

Unterschrift (en)

Erklärung zum Einbürgerungsantrag der/des _____

wohnhaft _____, geb. _____

Bekennnis zur FDGO und Loyalitätserklärung

1. Ich **bekenne** mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:
 - a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
 - b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 - c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 - d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 - e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
 - f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
 - g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
 - h) dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.

2. Ich **bekenne** mich außerdem
 - a) zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechts-herrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie
 - b) zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.

3. Ich **erkläre**, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
 - a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
 - c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
 - d) eine antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Handlung zum Ziele haben.“

Ort, Datum

Unterschrift

Information und Einwilligung

zur Übermittlung von Sozialdaten im Einbürgerungsverfahren

Name, Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Anschrift: _____

Zur Klärung der Frage der Unterhaltsfähigkeit ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel sowie des Vertretenmüssens eines eventuellen Bezugs von Sozialleistungen sind u.U. Auskünfte vom zuständigen Jobcenter, der Arbeitsagentur und/oder Sozialamt notwendig, die grundsätzlich vom Antragssteller/der Antragsstellerin vorzulegen sind. Im Interesse der Verfahrensbeschleunigung und zur Unterstützung der Betroffenen kann es sinnvoll sein, dass die Einbürgerungsbehörde die erforderlichen Daten direkt einholt („erhebt“) und nutzt. Dazu ist nach § 67 b Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 SGB X die schriftliche Einwilligung des Antragsstellers/der Antragsstellerin erforderlich.

1. Hiermit willige ich ein * / nicht ein * , dass die Einbürgerungsbehörde

- beim Jobcenter**
- der Agentur für Arbeit**
- beim Sozialamt**

die für das Einbürgerungsverfahren erforderlichen Informationen, insbesondere zu Leistungsbezug, früheren Leistungsbezugszeiten, Leistungskürzungen, Sperrzeiten, Sanktionen, (allgemeine, lokale, persönliche) Vermittlungschancen wie Ausbildungs-, Qualifikations-, Weiterbildungsstand, Bemühungen zur Verbesserung desselben, Bewerbungssituation und Bewerbungsverhalten, Zielvereinbarungen, direkt einholt (erhebt und übermittelt bekommt) und die so gewonnenen Erkenntnisse im Einbürgerungsverfahrens berücksichtigt.

2. Desweiteren willige ich ein * / nicht ein * , dass das Ergebnis

der vom Jobcenter/ der Arbeitsagentur/ Sozialamt** eingeholten medizinischen und/oder psychologischen Gutachten über meine Erwerbsfähigkeit/ Einschränkungen übermittelt und von der Einbürgerungsbehörde im Einbürgerungsverfahrens berücksichtigt wird.

Nach § 67 b Abs. 2 SGB X bzw. § 4 Abs. 1 S. 2 SDSG kann ich meine Einwilligung verweigern oder durch schriftliche Erklärung mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Mir ist bekannt, dass die Weigerung oder der Widerruf der Einwilligung die gebührenpflichtige Ablehnung meines Einbürgerungsantrages zur Folge haben können, wenn deshalb die Voraussetzungen für meine Einbürgerung nicht vollständig dargelegt/nachgewiesen sind. Die Informationen habe ich zur Kenntnis genommen und gebe diese Einwilligung freiwillig ab.

(Ort, Datum, Unterschrift)

* Bitte ankreuzen!

** Unzutreffendes bitte streichen!

ERKLÄRUNG

(nur bei Einbürgerungsbewerbern mit deutschen Ehegatten oder deutschen eingetragenen Lebenspartnern auszufüllen)

Ich wurde darüber belehrt, dass die Einbürgerung eines Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners nach § 9 des Staatsangehörigkeitsgesetzes neben weiteren Voraussetzungen nur dann erfolgen kann, wenn die eheliche Lebensgemeinschaft/eingetragene Lebenspartnerschaft vom Tag der Eheschließung/Tag der Begründung der Lebenspartnerschaft an ununterbrochen bis heute bestanden hat und eine Trennung nicht beabsichtigt ist.

Ich wurde weiter darüber belehrt, dass falsche Angaben strafbar sind und die Rücknahme der Einbürgerung zur Folge haben können.

In Kenntnis dieser Voraussetzungen und möglichen Rechtsfolgen versichere ich, dass die eheliche Lebensgemeinschaft/eingetragene Lebenspartnerschaft vom Tag der Eheschließung/Tag der Begründung der Lebenspartnerschaft bis heute ununterbrochen bestanden hat und eine Trennung nicht beabsichtigt ist.

Sollte die Scheidung der Ehe/Aufhebung der eingetragenen Lebenspartnerschaft beantragt werden oder ich von meinem Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner getrennt leben – auch innerhalb der gemeinsamen Wohnung – werde ich die Einbürgerungsbehörde sofort unterrichten.

Ort und Datum der Unterschrift

(Unterschrift des Antragstellers)

Die Angaben meines Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners werden von mir bestätigt.

(Unterschrift des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners)

Merkblatt zur Hinnahme von Mehrstaatigkeit

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts am 27.06.2024 kann jeder neben der deutschen Staatsangehörigkeit auch eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten besitzen (sog. Hinnahme von Mehrstaatigkeit). Nach deutschem Recht dürfen nun zusätzlich weitere Staatsangehörigkeiten erworben und auch bei einer Einbürgerung bestehende Staatsangehörigkeiten behalten werden.

Von dieser Neuregelung profitieren alle Personen, die aktuell ein Einbürgerungsverfahren betreiben, auch wenn der Antrag vor dem 27.06.2024 gestellt wurde. Betroffene müssen allerdings klären, ob die Hinnahme von Mehrstaatigkeit auch nach dem jeweiligen Recht des Herkunftsstaates möglich ist. Manche Staaten sehen bei dem Erwerb einer neuen Staatsangehörigkeit einen automatischen Verlust ihrer Staatsangehörigkeit vor oder machen die Mehrstaatigkeit von einer Genehmigung abhängig. Ansprechpartner zur Klärung entsprechender Fragen sind die Behörden des jeweiligen Staates. Deutsche Behörden können zu dem Staatsangehörigkeitsrecht anderer Länder keine Auskunft geben. Es wird deshalb empfohlen, sich rechtzeitig vor einer Einbürgerung z.B. bei der Auslandsvertretung zu informieren.

Bereits ergangene Aufforderungen der Einbürgerungsbehörde zur Entlassung durch Auflagenbescheid oder Einbürgerungszusicherung sind hinfällig, d.h. es muss kein Entlassungsverfahren mehr durchgeführt werden. Soweit Entlassungsverfahren bereits begonnen wurden, brauchen diese aus deutscher Sicht nicht mehr weiterbetrieben zu werden.

Auch bereits Eingebürgerte können ihre frühere Staatsangehörigkeit wieder annehmen.

Die Hinnahme von Mehrstaatigkeit nach deutschem Recht schließt allerdings die freiwillige Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeiten nicht aus. Im Falle einer beabsichtigten freiwilligen Aufgabe wird ebenfalls empfohlen, das Verfahren mit den jeweiligen ausländischen Behörden zu klären.

Deutsche Staatsangehörigkeitsbehörden müssen von Betroffenen über Änderungen der Staatsangehörigkeitsverhältnisse nicht informiert werden. Es wird jedoch empfohlen, jede Änderung der Meldebehörde des Wohnortes mitzuteilen. Da viele Behörden auf die Meldedaten zugreifen, sollten diese Daten richtig und aktuell sein.

Staatsangehörigkeitsbehörde
Ministerium für Inneres, Bauen und Sport